

**Strafrechtliche Abhandlungen**

---

**Neue Folge · Band 197**

**Die Unterlassungsstrafbarkeit  
der Kinder- und Jugendhilfe bei  
familiärer Kindeswohlgefährdung**

**Von**

**Annika Dießner**



**Duncker & Humblot · Berlin**

ANNIKA DIESSNER

Die Unterlassungsstrafbarkeit der Kinder- und Jugendhilfe  
bei familiärer Kindeswohlgefährdung

# Strafrechtliche Abhandlungen · Neue Folge

Begründet von Dr. Eberhard Schmidhäuser (†)

em. ord. Prof. der Rechte an der Universität Hamburg

Herausgegeben von Dr. Dr. h. c. (Breslau) Friedrich-Christian Schroeder

em. ord. Prof. der Rechte an der Universität Regensburg

in Zusammenarbeit mit den Strafrechtslehrern der deutschen Universitäten

Band 197

# Die Unterlassungsstrafbarkeit der Kinder- und Jugendhilfe bei familiärer Kindeswohlgefährdung

Von

Annika Dießner



Duncker & Humblot · Berlin

Zur Aufnahme in die Reihe empfohlen von  
Professor Dr. Werner Beulke, Passau

Die Juristische Fakultät der Universität Passau hat diese Arbeit  
im Wintersemester 2005 / 2006 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2008 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin  
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0720-7271  
ISBN 978-3-428-12429-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit, die im Wintersemester 2005/2006 von der juristischen Fakultät der Universität Passau angenommen wurde, spiegelt sämtliche Stadien der Diskussion über den Umfang des Schutzauftrags des Jugendamts wider – angefangen von den Kontroversen in Wissenschaft und Praxis über die Entwicklung von Handlungsempfehlungen bis hin zu den gesetzlichen Neuregelungen.

Einerseits hatte ich die einmalige Gelegenheit, die Entstehung der für die Begutachtung der Fahrlässigkeit relevanten „Verkehrs“- und „Sondernormen“ hautnah mitzuerleben, andererseits ergab sich aber auch nach Einreichung der Arbeit am 31. August 2005 ein nicht unerheblicher Änderungsbedarf. Die vorliegende Fassung befindet sich auf dem Stand August 2005, z.T. wurde aber auch Literatur bis August 2006 berücksichtigt.

Herzlich danken möchte ich zunächst meinem Doktorvater Herrn *Prof. Dr. Werner Beulke*. Er hat nicht nur das Thema der Arbeit angeregt, sondern stand mir während der gesamten Entstehungszeit mit wertvollen Ratschlägen und Anregungen zur Seite. Außerdem bot er mir die Möglichkeit zur Tätigkeit an seinem Lehrstuhl sowohl als studentische Hilfskraft als auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Die Jahre bei ihm werde ich immer in bester Erinnerung behalten. Daneben danke ich Herrn *Prof. Dr. Bernhard Haffke* für die besonders zügige Anfertigung des Zweitgutachtens. Zu Dank verpflichtet bin ich auch Herrn *Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich-Christian Schroeder* für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe „Strafrechtliche Abhandlungen, Neue Folge“ sowie der Universität Passau für die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Programms zur Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft und Forschung.

Des Weiteren möchte ich der Habilitandin Frau *Dr. iur. Sabine Swoboda* für ihr offenes Ohr und ihre wertvollen Hinweise sowie Herrn *Ass. iur. Martin Strunz* für die hilfreichen Tipps zum Umgang mit (den Tücken) der Computertechnik danken.

Mein ganz besonderer Dank gilt jedoch *Alexander*.

Berlin, im Februar 2008

*Annika Dießner*



## Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	35
A. Ausgangssituation .....	35
B. Gang der Untersuchung .....	41
C. Ziele der Arbeit .....	44

### *Teil 1*

<b>Rechtsdogmatische Grundlagen</b> .....	46
A. Falldokumentationen .....	46
B. Verfassungsrechtliche Ausgangsposition – Dreiklang aus Elternrecht, Kindeswohl und staatlichem Wächteramt .....	67
C. Zusammenfassung – verfassungsrechtliche Grundlagen .....	89
D. Einfachgesetzliche Ausformung des staatlichen Wächteramts .....	91
E. Zusammenfassung – einfachgesetzliche Grundlagen des Kinder- und Jugendhilferechts .....	146
F. Fazit: Das Dilemma der Kinder- und Jugendhilfe .....	150

### *Teil 2*

<b>Strafbarkeitsrisiken im Jugendamt</b> .....	156
A. Strafbarkeitsrisiko der fallzuständigen Jugendamtsmitarbeiter .....	157
B. Strafbarkeitsrisiken sonstiger Jugendamtsmitarbeiter .....	398
C. Strafbarkeitsrisiken der Dienstvorgesetzten .....	416

### *Teil 3*

<b>Strafbarkeitsrisiken der administrativ Verantwortlichen</b> .....	427
A. Begriffsbestimmungen .....	427
B. Tatbestand .....	428
C. Ergebnis .....	430

*Teil 4*

<b>Strafbarkeitsrisiken der Mitarbeiter freier Träger</b>	432
A. Strafbarkeitsrisiko der fallverantwortlichen Fachkräfte .....	432
B. Strafbarkeitsrisiko der Leitungsverantwortlichen bei den freien Trägern .....	451

*Teil 5*

<b>Zusammenfassung und Ergebnisse</b>	455
A. Gang der Arbeit .....	455
B. Überblick über die wichtigsten Ergebnisse .....	460
C. Resümee .....	476
<b>Anhang</b> .....	479
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	493
<b>Sachwortregister</b> .....	519

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	35
A. Ausgangssituation .....	35
B. Gang der Untersuchung .....	41
C. Ziele der Arbeit .....	44

## *Teil 1*

<b>Rechtsdogmatische Grundlagen</b> .....	46
A. Falldokumentationen .....	46
I. Der Fall „Laura Jane“ .....	46
1. Sachverhalt .....	47
2. Entscheidungen .....	49
a) Urteil des AG Osnabrück .....	49
b) Urteil des LG Osnabrück .....	49
c) Urteil des OLG Oldenburg .....	49
d) Beschluss des LG Osnabrück .....	50
II. Der Fall „Jenny“ .....	50
1. Sachverhalt .....	50
2. Entscheidungen .....	52
a) Die Anklage der Staatsanwaltschaft Stuttgart .....	52
b) Der Beschluss des LG Stuttgart .....	53
c) Der Beschluss des OLG Stuttgart .....	53
d) Das Urteil des LG Stuttgart .....	53
III. Der Fall „Tanja“ .....	54
1. Sachverhalt .....	54
2. Entscheidungen der Gerichte .....	54
IV. Der Fall „Dominic“ .....	55
1. Sachverhalt .....	55
2. Entscheidung .....	56
V. Der Fall „Vanessa“ .....	56
1. Sachverhalt .....	56
2. Entscheidung .....	60
3. Berufung .....	60

VI.	Der Fall „Dennis“ .....	60
1.	Sachverhalt .....	60
2.	Entscheidung .....	62
VII.	Neuere Verfahren .....	62
VIII.	Reaktionen auf die bislang ergangenen Verfahren .....	63
1.	Untersuchungen .....	63
2.	Handlungsempfehlungen .....	63
a)	Einzelne Projekte .....	64
b)	Wirkung .....	65
IX.	Fazit .....	66
B.	Verfassungsrechtliche Ausgangsposition – Dreiklang aus Elternrecht, Kindeswohl und staatlichem Wächteramt .....	67
I.	Elternverantwortung .....	68
1.	Sozialwissenschaftliche Grundlagen .....	68
2.	„Klassische“ Funktionen des Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG .....	69
a)	Abwehrrecht .....	69
(1)	Schutzbereich .....	69
(2)	Eingriff .....	70
b)	Objektive Werteordnung .....	71
c)	Institutsgarantie .....	72
3.	Grundrechtsdogmatische „Anomalien“ des Elternrechts .....	72
a)	Innen- und Außenverhältnis .....	72
b)	Herrschaftsverhältnis .....	73
c)	Fremdnützigkeit und Pflichtengebundenheit .....	74
II.	Das Kindeswohl als ungeschriebener Rechtsbegriff .....	75
1.	Definition .....	75
2.	Dilemma des Begriffs des Kindeswohls .....	76
III.	Staatliches Wächteramt als Korrelat von Schutzpflichten .....	77
1.	Herleitung des staatlichen Wächteramts .....	77
a)	Rechtsfigur der Schutzpflicht allgemein .....	77
b)	Schutzpflichten im Kontext elterlicher Kindeswohlgefährdung ...	78
(1)	Rechtslage nach dem Grundgesetz .....	78
(2)	Exkurs: Staatlicher Kinderschutz nach der EMRK .....	79
(a)	Art. 8 EMRK .....	79
(aa)	Schutzbereich .....	80
(bb)	Schutzpflichten .....	80
(b)	Wirkung von Entscheidungen des EGMR .....	81
(3)	Exkurs: Schutzpflichten im Rahmen eines Pflegeelternverhältnisses .....	81
2.	Träger des staatlichen Wächteramts .....	81

a) „Der Staat“ .....	82
b) Die sogenannten freien Träger .....	82
3. Inhalt des Wächteramts .....	83
a) Anforderungen an Schutzpflichten allgemein .....	83
b) Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG .....	84
(1) Primat vorbeugender Tätigkeit .....	84
(2) Informationsbeschaffung .....	84
(3) Verhältnismäßigkeit .....	85
c) Anspruch des Kindes auf staatliches Tätigwerden? .....	86
(1) Grundsätzliche Existenz eines Anspruchs .....	86
(2) Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs .....	87
4. Grenzen des Wächteramts .....	87
a) Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	87
(1) Übermaßverbot .....	87
(2) Untermaßverbot .....	88
b) Objektive Werteordnung .....	89
c) Art. 6 Abs. 3 GG .....	89
C. Zusammenfassung – verfassungsrechtliche Grundlagen .....	89
D. Einfachgesetzliche Ausformung des staatlichen Wächteramts .....	91
I. SGB VIII .....	92
1. Vom JWG zum SGB VIII .....	92
2. Struktur des SGB VIII – vor und nach den aktuellen Neuerungen ..	93
a) „Perspektivenwechsel“ .....	93
b) TAG, KICK und KEG .....	95
c) Konkrete Maßnahmen zum Kinderschutz .....	96
(1) Rechtslage bis zum 30.9.2005 .....	96
(a) Vorbemerkung: Informationsgewinnung – Datenschutz ...	97
(aa) Keine Handlungsvorgaben .....	97
(bb) Datenschutz .....	97
(b) Leistungen der Jugendhilfe – Hilfen zur Erziehung,	
§§ 27 ff. SGB VIII .....	99
(aa) § 27 SGB VIII .....	99
(α) Antrag vonnöten? .....	99
(β) „Nicht dem Kindeswohl entsprechende Erzie-	
hung“ .....	100
(γ) Geeignetheit und Notwendigkeit der Maßnahme	100
(bb) Insbesondere: § 31 SGB VIII .....	101
(α) Allgemeines .....	101
(β) Rechtliche Konstruktion .....	102

(γ) Verhältnis bei Delegation der Hilfe an den freien Träger .....	102
(cc) Hilfeplanungsverfahren .....	102
(α) Entscheidung über das „Ob“ .....	102
(β) Entscheidung über das „Wie“ .....	103
(c) Andere Aufgaben der Jugendhilfe .....	104
(aa) § 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII .....	104
(bb) „Notstandsberatung“ .....	105
(cc) Inobhutnahme .....	105
(α) Anlässe .....	105
(β) Inobhutnahme gegen den Willen der Eltern? ....	106
(dd) Sonstige Berechtigung zur Inobhutnahme gegen den Willen der Eltern .....	108
(α) Handeln des Jugendamts als Ortpolizeibehörde? .....	108
(β) § 43 SGB VIII a.F. ....	109
(γ) Allgemeine Rechtfertigungsgründe .....	109
(ee) Herausnahme – § 43 SGB VIII a.F. ....	114
(ff) Anrufung des Familiengerichts – § 50 Abs. 3 SGB VIII a.F. ....	115
(α) Unbestimmter Rechtsbegriff – Beurteilungsspielraum? .....	116
(β) Datenschutz .....	118
(gg) Exkurs – Verpflichtung zu einer Strafanzeige? ....	120
(2) Aktuelle Rechtslage .....	121
(a) Konkretisierung des Schutzauftrags – § 8a Abs. 1 SGB VIII .....	121
(aa) Klarstellungsfunktion .....	121
(bb) Handlungsvorgaben .....	121
(α) Untersuchungsgrundsatz .....	122
(β) Gebot kollegialen Zusammenwirkens .....	122
(γ) Kooperation mit den Eltern .....	123
(b) § 8a Abs. 3 S. 1 SGB VIII .....	124
(c) Vorläufige Krisenintervention – § 42 SGB VIII .....	125
(3) Ursprünglich geplante Änderungen durch das KEG .....	126
(a) § 50a SGB VIII-KEG .....	127
(b) § 65 Abs. 1a SGB VIII-KEG .....	128
(c) Fazit .....	128
3. Organisation der Jugendhilfe .....	128
a) Freie Träger .....	129
(1) Beispiele .....	129

(2) Aufgaben der freien Träger .....	129
(a) Leistungen .....	129
(b) Andere Aufgaben .....	130
(3) Sicherstellung eines adäquaten Kinderschutzes – KICK/KEG .....	130
(a) KICK .....	130
(b) KEG .....	131
(4) Auswahl- und Kontrollrecht des Jugendamts .....	131
(a) Meinungsstand .....	131
(b) Stellungnahme .....	132
(aa) Generelle Zulässigkeit .....	132
(bb) Ermächtigungsgrundlage .....	133
(cc) Datenschutz .....	133
(dd) Fazit .....	134
b) Öffentliche Träger .....	135
(1) Örtliche/Überörtliche Träger .....	135
(2) Das Jugendamt .....	135
(a) Verwaltung .....	136
(b) Jugendhilfeausschuss .....	136
(3) ASD .....	137
c) Verhältnis zwischen Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe .....	137
(1) Förderung der freien Jugendhilfe .....	137
(2) Subsidiaritätsprinzip? .....	138
(3) Gesamtverantwortung und Gewährleistungsverpflichtung ....	138
(a) Allgemeines .....	138
(b) Gerichtliche Durchsetzbarkeit? .....	139
II. BGB .....	140
1. Handlungsinstrumentarien bei Kindeswohlgefährdung .....	140
2. Verfahren .....	142
a) Zuständigkeit .....	142
b) Verfahrensgrundsätze .....	143
c) Verfahrenspfleger .....	143
d) Entscheidungsvorschlag des Jugendamts? .....	143
e) Weisungsbefugnis des Familiengerichts? .....	144
f) Rechtsmittel .....	145
(1) Beschwerde .....	145
(2) Dienstaufsichtsbeschwerde .....	145
g) Einstweilige Anordnungen .....	145
E. Zusammenfassung – einfachgesetzliche Grundlagen des Kinder- und Jugendhilferechts .....	146

I.	Wesentliche Schritte bei (dem Verdacht) einer Kindeswohlgefährdung ..	146
II.	Der Perspektivenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe .....	146
III.	Bisherige Unklarheiten .....	147
IV.	Reform/Reformbestrebungen .....	147
	1. KICK .....	147
	2. KEG .....	149
V.	Zusammenarbeit von Jugendamt und Familiengericht .....	149
VI.	Dualismus in der Kinder- und Jugendhilfe .....	150
F.	Fazit: Das Dilemma der Kinder- und Jugendhilfe .....	150

## Teil 2

### **Strafbarkeitsrisiken im Jugendamt** 156

A.	Strafbarkeitsrisiko der fallzuständigen Jugendamtsmitarbeiter .....	157
I.	Echte und unechte Unterlassungsdelikte .....	157
	1. Abgrenzungsversuche .....	157
	2. Praktische Bedeutung .....	158
II.	Fahrlässige unechte Unterlassungsdelikte .....	160
	1. Vorbemerkung .....	161
	a) Die einzelnen Handlungslehren und ihre Auswirkungen auf den Unterlassensbegriff .....	161
	(1) Kausale Handlungslehre .....	162
	(2) Finale Handlungslehre .....	162
	(a) Allgemeines .....	162
	(b) Das „Umkehrprinzip“ <i>Armin Kaufmanns</i> .....	163
	(3) Soziale Handlungslehre .....	163
	(4) Negative Handlungslehre .....	164
	(5) Personale Handlungslehre .....	165
	(6) Fazit .....	165
	b) Auswirkungen der einzelnen Handlungslehren auf die Fahrlässigkeit .....	166
	(1) Einfluss der kausalen Handlungslehre .....	166
	(2) Auswirkungen der finalen Handlungslehre .....	166
	(a) Potentielle Finalität .....	167
	(b) Tatsächliche Finalität .....	167
	(c) „Personale Unrechtslehre“ .....	168
	(3) Prämissen der sozialen Handlungslehre .....	168
	(4) Auffassung <i>Roxins</i> .....	168
	(5) Fazit .....	169

c) Auswirkungen der Handlungs- und Verbrechenslehren auf die fahrlässigen Unterlassungsdelikte .....	169
(1) Crux fahrlässigen Unterlassens .....	169
(a) Verwandtschaft von Fahrlässigkeit und Unterlassung? ....	169
(b) Geschichtliche Entwicklung .....	170
(2) Konkrete Auswirkungen .....	171
d) Fazit .....	171
2. Tatbestandsmäßigkeit .....	172
a) Nichtvornahme der gebotenen Handlung trotz physisch-realer Möglichkeit .....	172
(1) Abgrenzung von Tun und Unterlassen .....	172
(a) Allgemeines .....	172
(aa) Naturalistisch-ontologische Betrachtungsweise .....	174
(bb) Normative Betrachtungsweise .....	175
(α) „Schwerpunkttheorie“/sozialer Handlungssinn ...	175
(β) „Konkurrenzlösung“ .....	176
(cc) Stellungnahme .....	176
(b) Sonderproblem: Betreuungsabbruch .....	177
(aa) Eigene oder fremde Rettungsbemühungen? .....	178
(bb) Tun oder Unterlassen? .....	179
(cc) Sonderfall „Untätigbleiben“? .....	180
(dd) Fazit .....	180
(2) Die gebotene Handlung .....	180
(3) Handlungsfähigkeit .....	181
(a) In physischer Hinsicht .....	181
(aa) Personelle Unterbesetzung im Amt/Überbelastung des Sozialarbeiters .....	182
(bb) Urlaubs-/Krankheitsfälle .....	183
(cc) Fehlende Kenntnis der Gefahrensituation .....	184
(α) Denkbare Konstellationen .....	184
(β) Notwendigkeit der Kenntnis des Handlungsziels? .....	185
(γ) Kritik .....	186
(δ) Stellungnahme .....	186
(b) In rechtlicher Hinsicht .....	187
(aa) Rechtswidrige Dienstanweisungen .....	187
(bb) Zusammenwirken von Fachkräften .....	188
(cc) Spekulativer Ausgang einer Meldung nach § 8a Abs. 3 S. 1 SGB VIII .....	188
(dd) Ablehnende Entscheidung des Familiengerichts ....	190
b) Abschichtung vorsätzlicher Unterlassungsdelikte .....	190

(1) Generelle Problematik .....	190
(a) Sogenannte Vorstellungstheorien .....	191
(b) Sogenannte Willenstheorien .....	191
(c) Stellungnahme .....	192
(2) Existenz eines Unterlassungsvorsatzes? .....	193
(a) „Umkehrprinzip“ <i>Armin Kaufmanns</i> .....	193
(b) Definition nach herrschender Meinung .....	194
(3) Fazit .....	194
c) Zurechenbarkeit des Erfolgs .....	195
(1) Kausalität .....	195
(a) Grundsätzliche Definitionsansätze .....	195
(b) Kausalitätsfeststellung im Rahmen des Unterlassens .....	197
(aa) Allgemeines .....	197
(bb) „Umkehrprinzip“ <i>Armin Kaufmanns</i> .....	198
(cc) Fazit .....	198
(dd) Definition des Erfolgsbegriffs beim Unterlassen .....	198
(α) Praktische Bedeutung der Frage .....	198
(β) Diskussionsstand .....	199
(γ) Stellungnahme .....	200
(ee) Kausalität im Rahmen des Zusammenwirkens von Fachkräften .....	200
(c) Lehre vom Regressverbot? .....	201
(2) Lehre von der objektiven Zurechnung .....	202
(a) Allgemeines .....	202
(b) Risikoverringerung? .....	203
d) Garantenstellung .....	204
(1) Genereller Meinungsstand zur dogmatischen Herleitung .....	204
(a) Exkurs: Maßgaben des Art. 103 Abs. 2 GG .....	206
(aa) Bedeutungsgehalt .....	206
(bb) Geltung des Art. 103 Abs. 2 GG im Rahmen des Allgemeinen Teil des StGB .....	209
(cc) Wirkungen der Garantien des Bestimmtheitsgebots auf die Auslegung des § 13 StGB .....	210
(b) Genereller Diskussionsstand zur Garantenfrage in Judika- tur und Lehre .....	211
(aa) Bedeutung von Rechtspflichten .....	212
(α) „Strenge Rechtspflichtlehre“ .....	213
(β) „Eingeschränkte Rechtspflichtlehre“ .....	214
(bb) Materialisierungsansätze .....	216
(α) Soziologisch orientierte Theorien .....	216
(β) Vertrauens- oder Abhängigkeitsbeziehung .....	218

(γ) Gefährungskriterium .....	220
(δ) Handlungsverantwortung und soziale Zuordnung .....	221
(ε) Kasuistische Herangehensweise .....	222
(ζ) Organisations- und Institutionszuständigkeit .....	223
(η) Herrschaftsverhältnis über den Erfolgsgrund .....	224
(c) Fazit .....	227
(aa) Gemeinsamkeiten .....	227
(bb) Unterschiede .....	227
(α) Bedeutung von Normen .....	227
(β) Ingerenz .....	228
(γ) Herrschaftsmoment .....	228
(cc) Stellungnahme .....	229
(α) Allgemeines .....	229
(β) Herrschaftssystementwürfe .....	230
(γ) Zweiteilung <i>Armin Kaufmanns</i> .....	231
(2) Diskussionsstand zur Garantenstellung zuständiger Jugendamtsmitarbeiter in Rechtsprechung und Literatur .....	232
(a) Beschützergarantenstellung .....	232
(aa) Garantenstellung aus besonderem Rechtssatz .....	233
(α) Ansicht des LG Osnabrück (Fall „ <i>Laura Jane</i> “) .....	233
(β) Urteil des OLG Oldenburg .....	235
(γ) Urteile des OLG Düsseldorf (Fall „ <i>Tanja</i> “), LG Stuttgart (Fall „ <i>Jenny</i> “) sowie des AG Mönchengladbach (Fall „ <i>Vanessa</i> “) .....	236
(δ) Resonanz in der Literatur .....	236
(ε) Stellungnahme .....	239
(bb) Aus Vertrag .....	244
(α) LG Osnabrück (Fall „ <i>Laura Jane</i> “) .....	244
(β) Stellungnahme .....	245
(cc) Aus tatsächlicher Übernahme .....	247
(α) Beschluss des OLG Stuttgart (Fall „ <i>Jenny</i> “) .....	247
(β) Reaktionen in der Literatur .....	247
(γ) Stellungnahme .....	251
(dd) Aus Amtsträgerschaft .....	262
(α) Dogmatische Grundlagen der Garantenstellung kraft Amtsträgerpflicht .....	262
(β) Grundsätzliche Zulässigkeit von Amtsträgergarantenstellungen .....	265
(γ) Argumente im Zusammenhang mit der Beschützergarantenstellung einzelner Amtsträger .....	266

(δ) Ansichten speziell zu Jugendamtsmitarbeitern ...	271
(ee) Aus Ingerenz .....	275
(α) Urteil des LG Osnabrück (Fall „ <i>Laura Jane</i> “) ..	275
(β) Aussagen <i>Bringewats</i> .....	276
(γ) Stellungnahme .....	276
(ff) Fazit .....	279
(b) Überwachergarantenstellung .....	279
(aa) Ansicht <i>Bringewats</i> .....	279
(bb) Stellungnahme .....	280
(c) Fazit .....	281
e) Garantenpflichten .....	281
(1) Allgemeines .....	281
(2) Qualitative Steigerung? .....	282
(3) Einzelfragen .....	283
(a) Delegation? .....	284
(aa) Möglichkeit der Delegation einer Garantenstellung ..	284
(bb) Auswirkungen auf den Pflichtenkreis .....	284
(α) Bestehenbleiben der Garantenstellung? .....	284
(β) Konsequenzen für die Garantenpflichten .....	286
(γ) Effekt von „Freizeichnungsklauseln“? .....	289
(cc) Fazit .....	290
(b) Nachträgliche Unzuständigkeit .....	291
(aa) Bestehenbleiben der Garantenstellung? .....	291
(α) Oberlandesgericht Stuttgart (Fall „ <i>Jenny</i> “) .....	291
(β) Landgericht Stuttgart (Fall „ <i>Jenny</i> “) .....	291
(γ) Literatur .....	292
(δ) Stellungnahme .....	293
(bb) Fazit .....	294
(c) Überlastung des einzelnen Sozialarbeiters .....	294
(aa) Überlastungsanzeige .....	295
(bb) Stellungnahme .....	295
(d) Vertretungsfälle .....	295
(aa) Ansicht <i>Bringewats</i> .....	296
(bb) Stellungnahme .....	296
(e) Teambesprechungen .....	297
(aa) Ansicht der Literatur .....	297
(bb) Stellungnahme .....	297
(f) Weisungen des Vorgesetzten .....	298
(aa) Ansicht <i>Fieselers</i> .....	298
(bb) Ansicht <i>Münders u. a.</i> .....	298

(cc) Stellungnahme .....	299
(g) (Erfolgreiche) Meldung gegenüber dem Gericht .....	299
(aa) Ansicht <i>Kunkels</i> .....	300
(bb) Stellungnahme .....	300
(h) Fazit .....	301
f) Fahrlässigkeitsprüfung .....	301
(1) Verfassungsrechtliche Grundlagen/Bestimmung der Fahrlässigkeit .....	302
(a) Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	302
(b) Definitionsansätze .....	303
(aa) Sorgfaltspflichtverletzung .....	303
(bb) Objektive Zurechenbarkeit/unerlaubtes Risiko .....	303
(c) Stellungnahme .....	304
(2) Besonderheiten des fahrlässigen Unterlassens .....	305
(a) Varianten fahrlässiger Unterlassung .....	306
(aa) Objektive Sorgfaltspflichtverletzung beim aktiven Tun .....	306
(bb) Objektive Sorgfaltspflichtverletzung beim Unterlassen .....	306
(cc) „Umkehrprinzip“ <i>Armin Kaufmanns</i> .....	307
(dd) Kritik .....	307
(b) Indizierung der Sorgfaltspflichtverletzung durch die Verletzung der Garantenpflicht? .....	308
(aa) Identität von Sorgfaltspflicht und Garantenpflicht ...	308
(bb) Strenge Trennung .....	308
(cc) Teilweise Übereinstimmung .....	309
(dd) Stellungnahme .....	309
(3) Verletzung der objektiven Sorgfaltspflicht .....	310
(a) Ansichten der Rechtsprechung .....	310
(aa) AG Osnabrück (Fall „ <i>Laura Jane</i> “) .....	310
(bb) LG Osnabrück (Fall „ <i>Laura Jane</i> “) .....	311
(cc) Standpunkt des OLG Oldenburg (Fall „ <i>Laura Jane</i> “) .....	311
(dd) Aussagen des OLG Stuttgart (Fall „ <i>Jenny</i> “) .....	312
(ee) Urteil des LG Stuttgart (Fall „ <i>Jenny</i> “) .....	312
(ff) Urteil des AG Mönchengladbach (Fall „ <i>Vanessa</i> “) ..	312
(gg) Urteil des AG Leipzig (Fall „ <i>Dominic</i> “) .....	313
(b) Außer-Acht-Lassen der im Verkehr gebotenen Sorgfalt ...	313
(aa) Individueller oder generalisierender Sorgfaltsmaßstab? .....	313
(α) (Wohl) herrschende Meinung .....	314
(β) Abweichende Ansicht .....	314
(γ) Meinung <i>Roxins</i> .....	314
(δ) Stellungnahme .....	315

(bb)	Bedeutung sogenannter Sondernormen .....	315
(α)	Existenz im Kinder- und Jugendhilferecht .....	315
(β)	Bedeutung .....	316
(γ)	Prognoseentscheidungen im Verwaltungsrecht – Auswirkungen des Beurteilungsspielraums auf das Strafrecht .....	316
(cc)	Sogenannte Verkehrsnormen .....	326
(α)	Existenz .....	326
(β)	Strafrechtliche Relevanz .....	327
(γ)	Inhalt der Empfehlungen des <i>Deutschen Städte-</i> <i>tages</i> .....	327
(dd)	„Differenzierte Maßfigur“ .....	328
(α)	Allgemeines .....	328
(β)	Rolle der „Fachlichkeit“ .....	329
(γ)	Meinungsbild in der Fachwelt .....	329
(δ)	Stellungnahme .....	333
(ε)	Eigene Lösung – verfassungskonforme Interpre- tation .....	335
(ee)	Überlastung – Übernahmefahrlässigkeit .....	336
(ff)	Erlaubtes Risiko .....	337
(α)	Allgemeines .....	337
(β)	Vertrauensgrundsatz .....	338
(γ)	Fazit .....	344
(c)	Objektive Vorausschbarkeit des Erfolgeintritts .....	344
(aa)	Allgemeines .....	344
(bb)	Äußerungen der Rechtsprechung .....	345
(α)	Allgemeines .....	345
(β)	Vorliegende Fälle .....	345
(cc)	Reaktionen in der Literatur .....	346
(α)	Zum „ <i>Freigängerfall</i> “ .....	346
(β)	Zu den vorliegend relevanten Konstellationen ...	346
(dd)	Stellungnahme .....	347
(d)	Objektive Vermeidbarkeit .....	348
(aa)	Pflichtwidrigkeitszusammenhang .....	348
(α)	Ermittlung des Pflichtwidrigkeitszusammenhangs bei Abhängigkeit der Rettung vom Verhalten Dritter .....	350
(β)	Einwand der möglichen Schädigung des Kindes zu einem späteren Zeitpunkt .....	357
(bb)	Fazit .....	365
3.	Rechtswidrigkeit .....	365

a) Pflichtenkollision .....	366
(1) Allgemeine Voraussetzungen des Rechtfertigungsgrundes ....	366
(2) Fahrlässige Rechtfertigung? .....	366
b) „Rechtswidrige verbindliche Anweisung“? .....	367
(1) Gesetzliche Regelungen .....	367
(a) Allgemeines .....	367
(b) „Erkennbarkeit“ .....	368
(2) Verbindlichkeit der Weisung auch bei Rechtswidrigkeit oder Zweifeln? .....	369
c) Fazit .....	370
4. Schuld .....	370
a) Subjektive Sorgfaltspflichtverletzung .....	370
(1) Subjektive Sorgfaltspflichtverletzung .....	370
(a) Allgemeines .....	370
(b) Übernahmeverschulden .....	371
(2) Subjektive Voraussehbarkeit und Vermeidbarkeit .....	371
b) Entschuldigungsgründe – Unzumutbarkeit normgemäßen Verhal- tens .....	372
(1) Existenz des Entschuldigungsgrundes der Unzumutbarkeit ...	372
(2) Rechtswidrige Dienstanweisungen .....	372
5. Irrtumsfragen .....	373
a) Tatbestandsirrtum .....	373
b) Gebotsirrtum .....	373
(1) Rechtsprechung .....	374
(a) Fall „ <i>Laura Jane</i> “ .....	374
(b) Fall „ <i>Jenny</i> “ .....	374
(2) Reaktionen in der Literatur .....	374
(3) Stellungnahme .....	375
(a) Unrechtsbewusstsein .....	375
(aa) Auf dem Gebiet des Unterlassens .....	375
(bb) Auf dem Gebiet der Fahrlässigkeit .....	375
(α) Unbewusste Fahrlässigkeit .....	375
(β) Bewusste Fahrlässigkeit .....	377
(b) Vermeidbarkeit .....	377
(aa) Anlass .....	378
(bb) Erkundigungen .....	378
(α) Eigene Recherchen .....	378
(β) Rat eines Rechtskundigen .....	379
(γ) Rat sonstiger Kollegen .....	379
(cc) Möglichkeit zur Erlangung korrekter Informationen ..	380

(dd) „Vorverschulden“?	380
(4) Fazit	381
c) Erlaubnistatbestandsirrtum	382
(1) Meinungsstand	382
(a) Modifizierte Vorsatztheorie	382
(b) Strenge Schuldtheorie	382
(c) Eingeschränkte Schuldtheorie	383
(d) Rechtsfolgenverweisende eingeschränkte Schuldtheorie	383
(2) Stellungnahme	383
6. Fazit	384
III. Vorsätzliche unechte Unterlassungsdelikte	390
1. Grundsätzliches	390
a) Täterschaftsfragen und „eigenhändige“ Delikte	390
b) Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme	391
c) Besonderheit aufgrund Unterlassens?	391
(1) Vertretene Ansichten	391
(2) Stellungnahme	393
2. Vorsatz	393
a) Abgrenzung zwischen <i>dolus eventualis</i> und bewusster Fahrlässigkeit	393
b) Unterlassungsvorsatz	394
c) „Doppelter Gehilfenvorsatz“	394
(1) Vorsatz hinsichtlich der vorsätzlich begangenen Haupttat	394
(2) Vorsatz hinsichtlich des Hilfeleistens	395
d) Irrtumsfragen	396
(1) § 16 StGB	396
(2) § 17 StGB	396
3. Versuchsproblematik	396
a) Allgemeines	396
b) Voraussetzungen der Beihilfe zum Versuch	397
4. Fazit	397
B. Strafbarkeitsrisiken sonstiger Jugendamtsmitarbeiter	398
I. Strafbarkeitsrisiko nicht unmittelbar fallzuständiger Kollegen – Übermittlungspflichten?	399
1. Tatbestandsmäßigkeit	399
a) Garantenstellung	399
(1) Beschützergarantenstellung	400
(a) Aus Gesetz	400
(b) Aufgrund tatsächlicher Schutzübernahme	400
(aa) Tatsächliches Moment	400

(bb) Normatives Moment .....	401
(2) Kraft Amtsträgergarantenstellung .....	402
(3) Fazit .....	404
b) Garantenpflichten .....	404
c) Fahrlässigkeitsprüfung .....	405
(1) Objektive Sorgfaltspflichtverletzung .....	405
(a) „Sondernormen“ .....	405
(b) „Verkehrsnormen“ .....	406
(aa) Existenz .....	406
(bb) Stellungnahme .....	406
(c) „Differenzierte Maßfigur“ .....	407
(2) Objektive Voraussehbarkeit .....	407
(3) Objektive Vermeidbarkeit .....	408
(a) Rechtmäßiges Alternativverhalten generell .....	408
(b) Speziell: Einwand möglichen Fehlverhaltens des fallzu- ständigen Sozialarbeiters .....	408
2. Rechtswidrigkeit .....	409
3. Ergebnis .....	409
II. Strafbarkeitsrisiko der an Teambesprechungen teilnehmenden/abstim- menden/ratgebenden Kollegen .....	410
1. Abgrenzung von Tun und Unterlassen .....	410
a) Allgemeine Abgrenzung .....	410
(1) Energieeinsatzkriterium/Konkurrenzlösung .....	410
(2) „Schwerpunktformel“/sozialer Sinn .....	411
(3) Stellungnahme .....	411
b) Abbruch eines rettenden Kausalverlaufs? .....	412
c) Zwischenergebnis .....	412
2. Garantenstellung .....	412
a) Aus Gesetz .....	413
b) Aus tatsächlicher Übernahme .....	413
c) Aus Amtsträgerschaft .....	413
3. Fahrlässigkeitsprüfung .....	414
a) Objektive Sorgfaltspflichtverletzung .....	414
b) Objektive Voraussehbarkeit .....	415
c) Objektive Vermeidbarkeit .....	415
4. Ergebnis .....	416
C. Strafbarkeitsrisiken der Dienstvorgesetzten .....	416
I. Organisationsmängel der Leitungsebene .....	417
1. Tatbestand .....	418
a) Garantenstellung .....	418

(1) Beschützergarantenstellung .....	418
(a) Tatsächliche Übernahme .....	418
(b) Amtsträgergarantenstellung .....	418
(2) Überwachergarantenstellung .....	419
b) Garantenpflichten .....	420
c) Fahrlässigkeitsprüfung .....	420
(1) Objektive Sorgfaltspflichtverletzung .....	420
(a) Verkehrsnormen .....	420
(b) „Differenzierte Maßfigur“ .....	421
(2) Objektive Voraussehbarkeit .....	421
(3) Objektive Vermeidbarkeit .....	422
(a) Einwand fehlender finanzieller Ressourcen .....	422
(b) Stellungnahme .....	422
2. Schuld .....	423
a) Subjektive Voraussehbarkeit und Vermeidbarkeit .....	423
b) Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens? .....	423
3. Ergebnis .....	423
II. Dienstanweisungen .....	424
1. Tatbestand .....	424
a) Aktives Tun .....	424
b) Fahrlässigkeit .....	425
(1) Objektive Sorgfaltspflichtverletzung .....	425
(2) Objektive Voraussehbarkeit .....	425
(3) Objektive Vermeidbarkeit .....	425
2. Fazit .....	426

### *Teil 3*

<b>Strafbarkeitsrisiken der administrativ Verantwortlichen</b> .....	427
A. Begriffsbestimmungen .....	427
B. Tatbestand .....	428
I. Unterlassen .....	428
II. Garantenstellung .....	428
1. Aus Gesetz .....	429
2. Aus tatsächlicher Übernahme .....	429
3. Aus Amtsträgerstellung .....	429
4. Aus Ingerenz .....	430
C. Ergebnis .....	430

## Teil 4

<b>Strafbarkeitsrisiken der Mitarbeiter freier Träger</b>	432
A. Strafbarkeitsrisiko der fallverantwortlichen Fachkräfte	432
I. Tatbestand	433
1. Abgrenzung von Tun und Unterlassen	433
2. Handlungsfähigkeit	433
a) <i>Omissio libera in omittendo</i>	433
b) Individuelle Handlungsfähigkeit	434
3. (Quasi-)Kausalität und objektive Zurechnung	434
4. Garantenstellung	434
a) Aus Gesetz	434
b) Aus tatsächlicher Schutzübernahme	435
(1) Meinungsstand in der Literatur	435
(a) Ansicht von <i>Bringewat</i>	435
(b) Ansicht von <i>Beulke/Swoboda</i>	437
(c) Ansicht von <i>Papenheim</i>	437
(2) Stellungnahme	437
(a) Tatsächliches Moment	437
(b) Normatives Moment	438
(aa) Vertrauen des Jugendamtsmitarbeiters	438
(bb) Vertrauen des Kindes bzw. seiner Eltern	438
(cc) Fazit	439
d) Aus Amtsträgerschaft	439
e) Zwischenergebnis	439
5. Garantenpflichten	439
a) § 8a Abs. 2 SGB VIII	440
b) Empfehlungen des Deutschen Städtetages	440
c) Literatur	440
(1) Ansicht von <i>Papenheim</i>	440
(2) Ansicht von <i>Bringewat</i>	441
d) Stellungnahme	441
6. Fahrlässigkeit	442
a) Objektive Sorgfaltspflichtverletzung	442
(1) Sonder-/Verkehrsnormen	442
(2) „Differenzierte Maßfigur“	442
(a) „Fachlichkeit“ als Maßstab?	442
(aa) Ansicht von <i>Bringewat</i>	443
(bb) Ansicht von <i>Papenheim</i>	443
(cc) Stellungnahme	443

(b) Erlaubtes Risiko .....	444
(c) Vertrauensgrundsatz .....	444
(aa) Geltung gegenüber dem zuständigen Jugendamtsmit-	
arbeiter .....	444
(bb) Geltung gegenüber dem Vorgesetzten bei Weisungen	445
(cc) Vorsätzliches Dazwischentreten eines Dritten .....	446
(d) Übernahmefahrlässigkeit .....	446
b) Objektive Voraussehbarkeit .....	447
c) Objektive Vermeidbarkeit .....	447
II. Rechtswidrigkeit .....	447
1. Allgemeines .....	447
2. Weisungen .....	448
III. Schuld .....	449
1. Subjektive Sorgfaltspflichtverletzung .....	449
2. Subjektive Voraussehbarkeit und Vermeidbarkeit .....	449
3. Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens .....	449
IV. Irrtümer .....	450
1. § 16 StGB .....	450
2. § 17 StGB .....	450
V. Fazit .....	450
B. Strafbarkeitsrisiko der Leitungsverantwortlichen bei den freien Trägern .....	451
I. Organisationsmangel .....	451
1. Beschützergarantenstellung .....	451
a) Aus Gesetz .....	451
b) Aus Amtsträgerschaft .....	452
c) Aus tatsächlicher Übernahme .....	452
d) Ingerenz .....	452
e) Fazit .....	452
2. Überwachergarantenstellung .....	452
3. Fahrlässigkeitsprüfung .....	453
4. Fazit .....	454
II. Dienstanweisung .....	454

### Teil 5

<b>Zusammenfassung und Ergebnisse</b> .....	<b>455</b>
A. Gang der Arbeit .....	455
I. Rechtsdogmatische Grundlagen .....	456
II. Strafbarkeitsrisiken im Jugendamt .....	456

III. Strafbarkeitsrisiken der administrativ Verantwortlichen .....	460
IV. Strafbarkeitsrisiken der Mitarbeiter der freien Träger .....	460
B. Überblick über die wichtigsten Ergebnisse .....	460
I. Allgemeines .....	460
1. Zum fahrlässigen unechten Unterlassungsdelikt .....	460
2. Zu den fallzuständigen Jugendamtsmitarbeitern .....	461
3. Zu den sonstigen Jugendamtsmitarbeitern .....	467
4. Zu den Dienstvorgesetzten im Jugendamt .....	468
5. Zu den administrativ Verantwortlichen .....	469
6. Zu den Mitarbeitern der freien Träger .....	470
II. Bewertung der dokumentierten Entscheidungen .....	471
1. Der Fall „ <i>Laura Jane</i> “ .....	472
2. Der Fall „ <i>Jenny</i> “ .....	473
3. Der Fall „ <i>Tanja</i> “ .....	474
4. Der Fall „ <i>Dominic</i> “ .....	475
5. Der Fall „ <i>Vanessa</i> “ .....	475
6. Der Fall „ <i>Dennis</i> “ .....	476
C. Resümee .....	476
<b>Anhang</b> .....	479
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	493
<b>Sachwortregister</b> .....	519

## Abkürzungsverzeichnis

a.	am/auch
aA	andere(r) Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a. E.	am Ende
a. F.	alte(r) Fassung
AG	Amtsgericht
AGSP	Arbeitsgemeinschaft für Sozialberatung und Psychotherapie
ähnl.	ähnlich
AK	Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch
Alt.	Alternative
a. M.	am Main
Angekl.	Angeklagte(r), Angeklagten
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst/Sozialdienst des JA
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AWO	Arbeiterwohlfahrt
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAT	Bundes-Angestelltentarifvertrag (sowohl Ost als auch West)
BayBG	Bayerisches Beamtengesetz
BayKJHG	Bayerisches Kinder- und Jugendhilfegesetz
BayLStVG	Gesetz über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter – Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgPsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch Kranke des Landes Brandenburg
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründung
Bem.	Bemerkung
betr.	betreffend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (zitiert nach Band und Seite)
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BldW	Blätter der Wohlfahrtspflege (Zeitschrift)
BLJA	Bayerisches Landesjugendamt
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-DrS	Bundesratsdrucksache
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
Bsp.	Beispiel(e)
Bspr.	Besprechung
bspw.	beispielsweise
BT-DrS	Bundestagsdrucksache
BV	Verfassung des Freistaates Bayern
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (zitiert nach Band und Seite)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (zitiert nach Band und Seite)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DAVorm	Der Amtsvormund (Zeitschrift, ab dem Jahr 2001 umbenannt in Das Jugendamt)
DBSH	Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e. V.

DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
diff.	differenzierend
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V.
Diskurs	Diskurs – Studien zu Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft (Zeitschrift)
Diss.	Dissertation
DJI	Deutsches Jugendinstitut e. V.
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
E	Entscheidung/Entwurf
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EJ	Evangelische Jugendhilfe (Zeitschrift)
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Erg.	Ergebnis
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
f.	folgende (r/s)
FamG	Familiengericht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	fortfolgende
FG	Freiwillige Gerichtsbarkeit
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
FK-SGB VIII	Frankfurter Kommentar zum SGB VIII
Fn.	Fußnote(n)
Forum Erzie- hungshilfen	Forum Erziehungshilfen (Zeitschrift)
FPR	Familie Partnerschaft Recht (Zeitschrift)
FS	Festschrift/Festgabe/Freistaat
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
G.	Gesetz
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht (Zeitschrift)
GedSchr	Gedächtnisschrift
GenStA	Generalstaatsanwaltschaft
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GK	Grundkurs/Gemeinschaftskommentar
Grdl.	Grundlagen

GrS	Großer Senat für Strafsachen
GS	Der Gerichtssaal (Zeitschrift)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Habil.	Habilitation
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
HzE	Hilfe(n) zur Erziehung
i. E.	im Ergebnis
inkl.	inklusive
insbes.	insbesondere
i. R. d.	im Rahmen des/der
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)/Jugendamt
JAmt	Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (bis zum Jahr 2000 DAVorm)
JK	Jura-Kartei
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jugendhilfe	Jugendhilfe (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JWG	Gesetz für Jugendwohlfahrt
JWohl	Jugendwohl – Zeitschrift für Kinder- und Jugendhilfe
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KEG	Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich
KFH	Katholische Fachhochschule
KG	Kammergericht
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung
KICK	Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz
KJ	Kindschaftsrecht und Jugendhilfe (seit 01.01.2006 Zeitschrift, die aus der Zusammenführung der Zeitschrift Kindschaftsrechtliche Praxis und ZfJ hervorging)
KJHG	Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts – Kinder- und Jugendhilfegesetz
KLK	Klausurenkurs
krit.	kritisch
KRK	vgl. UN-KRK

Lb	Lehrbuch
lfd.	laufend(e)
LG	Landgericht
lit.	litera
LJA	Landesjugendamt
LJA-Info	Landesjugendamt-Info (von dem jeweiligen Landesjugendamt eines Bundeslandes herausgegebene Zeitschrift)
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
LPK	Lehr- und Praxiskommentar
LWV	Landeswohlfahrtsverband
m.	mit
m. E.	meines Erachtens
Mj	Minderjährige(r), Minderjährigen
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (Zeitschrift)
MüKo	Münchener Kommentar
m.w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweise(n)
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (Zeitschrift)
n. F.	neue(r) Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NK	Nomos-Kommentar zum Strafgesetzbuch
no.	number
np	Neue Praxis, Kritische Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Rechtsprechungsreport der Neuen Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.	oben
o. ä.	oder ähnliches
OLG	Oberlandesgericht
öStGB	Österreichisches StGB
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz)
PdW	Prüfe dein Wissen
PolG	Polizeigesetz
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens (Zeitschrift)
RegE	Regierungsentwurf
RegE-Begr.	Regierungsentwurf-Begründung
resp.	respektive

RJWG	Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
Rn.	Randnummer(n)
RPflG	Rechtspflegegesetz
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz, Seite(n)
s.	siehe
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB I	Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – Allgemeiner Teil
SGB VIII	Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (Kinder- und Jugendhilfe)
SGB VIII-KEG	im KEG enthaltene Reformvorschläge zur Änderung des SGB VIII
SGB VIII-KICK	Fassung des SGB VIII bei Inkrafttreten des KICK
SGB X	Sozialgesetzbuch – Zehntes Buch (Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz)
SK	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
SKF	Sozialdienst Katholischer Frauen
sog.	sogenannte (n/r/s)
SoldatG	Gesetz über die Rechtsstellung von Soldaten
Sozialextra	Zeitschrift für Soziale Arbeit und Sozialpolitik
Sozialmagazin	Sozialmagazin. Die Zeitschrift für Soziale Arbeit
spektrum	Zeitschrift des bis zum Jahr 2004 bestehenden LWV Hohenzollern
SS	Sommersemester
S/S	Schönke-Schröder, Strafgesetzbuch (Kommentar)
StA	Staatsanwaltschaft
StÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	strittig(e)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
s. u.	siehe unten
TAG	Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsausbaugesetz)
TuP	Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (Zeitschrift)
u.	und, unten
u. a.	und andere(n)/unter anderem
UJ	Unsere Jugend (Zeitschrift)
UN	United Nations/Vereinte Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund/Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
Univ.	Universität
UN-KRK	UN-Kinderrechtskonvention
Urt.	Urteil

u.s.w.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v.	versus/vom, von
v. a.	vor allem
Var.	Variante
vert.	vertiefend
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vor§	Vorbemerkung zu einem Paragraphen/Abschnitt
Vorb	Vorbemerkung/en
VorKap	Vorbemerkung zu einem Kapitel
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WehrStG	Wehrstrafgesetz
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WS	Wintersemester
z.	zu, zum, zur
z. B.	zum Beispiel
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht (Zeitschrift; seit 1.1.2006 zusammen mit der Kindschaftsrechtlichen Praxis als KJ weitergeführt)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZFSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil
zugl.	zugleich
zust.	zustimmend(e)
zutr.	zutreffend(e)

# Einleitung

## A. Ausgangssituation

Die Misshandlung von Kindern ist ein Phänomen, das bis in die Anfänge menschlichen Zusammenlebens zurückverfolgt werden kann.<sup>1</sup> Sie stellt kein Novum dar.

Eine neue Entwicklung zeigt sich jedoch darin, dass die Öffentlichkeit im Fall des Todes oder der Verletzung von Kindern, die durch die eigene Familie vernachlässigt oder (sexuell) misshandelt wurden, mittlerweile fast automatisch ein Versagen der Kinder- und Jugendhilfe konstatiert, wenn diese sogenannten Problemfamilien bereits im Vorfeld in den Fokus des Jugendamts geraten waren.<sup>2</sup>

Zusätzlich zu diesem medialen Druck sehen sich die betroffenen Sozialarbeiter<sup>3</sup> seit einiger Zeit strafrechtlichen Verfahren ausgesetzt, in denen ihnen ihre vermeintliche Unzulänglichkeit als Straftat der fahrlässigen Körperverletzung oder der fahrlässigen Tötung, jeweils begangen durch Unterlassen, vorgeworfen wird.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. den geschichtlichen Rückblick von *Bensel/Rheinberger/Radbill* in: Das misshandelte Kind, S. 10 ff.

<sup>2</sup> Siehe z. B. DER SPIEGEL 38/1999, S. 90: „Musste Jenny sterben?“; *Hamburger Abendblatt* v. 17.1.2004: „Carolin – Versagte das Jugendamt?“; *Welt am Sonntag* v. 2.3.2003: „Der Mordfall Pascal bringt Skandal im Jugendamt ans Licht“; *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* v. 26.9.2004: „Die Kinderhölle – Der gerade vor Gericht verhandelte Fall Pascal ist keine Ausnahme: In deutschen Familien nehmen Verwahrlosung und Missbrauchsdelikte zu. Häufig greifen die Jugendämter zu spät ein, obwohl das Gesetz ihnen Chancen dafür einräumt.“ sowie *Rückert* in DIE ZEIT 17/2005 („„Komplizenschaft mit den Tätern“ nennen Polizisten und Gerichtsmediziner das übermäßige Verständnis der Ärzte und Behörden für Eltern, die ihr Kind malträtieren, und rufen auf zu ‚mehr Mut zum Wohle des Kindes‘. (...) Die Beamten des Kommisariats für Delikte an Schutzbefohlenen im Landeskriminalamt Berlin sind empört über die Verzögerung vieler Jugendamtsmitarbeiter.“). Vgl. in diesem Zusammenhang auch den fiktiven Text „Kleine Schwester“ (*Diogenes Verlag*) von *Martina Borger* und *Maria Elisabeth Straub*, die eindringlich das Scheitern einer Familie und die damit einhergehende Vernachlässigung des in Pflege genommenen Kindes bei ausbleibender Kontrolle durch das Jugendamt beschreiben.

<sup>3</sup> Nachfolgend soll aus sprachlichen Gründen lediglich die männliche Form der Berufsbezeichnung verwendet werden, der Sache nach ist damit aber selbstverständlich auch die weibliche erfasst.

<sup>4</sup> Ausführliche Dokumentation der drei bekanntesten Verfahren („*Laura Jane*“, „*Jenny*“ und „*Tanja*“) bei *Beulke/Swoboda*, Gössel-FS, S. 73 ff. sowie unter Teil I A. I., II. und III.

Ein eigener Tatbestand, der Versäumnisse von Sozialarbeitern im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen pönalisiert, existiert im deutschen Strafgesetzbuch nicht. Auch ist bislang keine höchstrichterliche Entscheidung zum Ausmaß der strafrechtlichen Verantwortung in derartigen Fällen ergangen. Vielmehr haben die mit der Thematik befassten Gerichte teils diametral entgegengesetzte Urteile gefällt<sup>5</sup> oder sich durch Verfahrenseinstellungen einer abschließenden Beurteilung der Problematik entzogen<sup>6</sup>.

Diese Umstände haben naturgemäß sowohl auf dem Gebiet der Sozialpädagogik als auch in der Rechtswissenschaft zu einer schwer überschaubaren Fülle von Literatur geführt. Wie in der Judikatur reichen dabei die Reaktionen von der strikten Verneinung bis hin zur offensiven Bejahung einer Strafbarkeit der in der Jugendhilfe Beschäftigten.<sup>7</sup> Unter dem kriminologischen Gesichtspunkt wird außerdem über die Tauglichkeit der Strafverfolgung zur Verbesserung der Situation von Kindern gestritten.<sup>8</sup>

Eine Lektüre dieser Veröffentlichungen vermag zweifelnde Sozialarbeiter (wie auch Juristen) mehr zu verunsichern, als zu deren Absicherung beizutragen – nicht zuletzt deshalb, weil die Autoren teilweise selbst in Strafverfahren involviert waren und primär ihre eigene Sicht der Dinge darlegen.<sup>9</sup>

Überdies differieren die Äußerungen bei der Einschätzung des tatsächlichen Risikopotentials. Während manche die Sozialarbeiter als „Opferlamm“<sup>10</sup> in Ausübung der ihnen obliegenden Aufgaben „mit einem Bein im Gefängnis“<sup>11</sup> sehen und als mögliche Konsequenz einer strafrechtlichen Verfolgung die

---

<sup>5</sup> Exemplarisch hierfür das Urteil des LG Osnabrück ZfJ 1996, 524 m. abl. Anm. *Bringewat* und i.E. zust. Anm. *St. Cramer* NSTZ 1997, 238 f. im Gegensatz zu dem des OLG Oldenburg StV 1997, 133 (zu dem den beiden Urteilen zugrunde liegenden Fall „*Laura Jane*“ s. Teil 1, A. I.).

<sup>6</sup> Vgl. den Einstellungsbeschluss des LG Osnabrück im Fall „*Laura Jane*“, abgedruckt bei *Mörsberger/Restemeier* (Hrsg.), *Helfen mit Risiko*, S. 150.

<sup>7</sup> *Wiesner*, ZfJ 2004, 167, Fn. 24 konstatiert gar „feindliche Lager (...) im Stellungskrieg“.

<sup>8</sup> Gegen einen positiven Effekt der Strafverfolgung von Sozialarbeitern auf den Schutz von Kindern *H.-J. Albrecht*, Saarbrücker Memorandum, S. 212.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. die Veröffentlichung „*Helfen mit Risiko*“, herausgegeben von *Mörsberger/Restemeier*. Hierin kommen sowohl der im Fall „*Laura Jane*“ tätig gewordene Sachverständige *Schrappner* (S. 22 ff.), als auch die angeklagte Sozialarbeiterin (S. 179 ff.) zu Wort. Herausgeber *Restemeier* war deren Verteidiger, *Mörsberger* wurde von diesem in zweiter Instanz als Berater hinzugezogen (vgl. das Plädoyer auf S. 81 ff.).

<sup>10</sup> So die Bezeichnung in dem Interview von *Brand* mit der angeklagten Sozialarbeiterin im Fall „*Laura Jane*“ (dazu unten Teil 1 A. I.), abgedruckt in *Mörsberger/Restemeier* (Hrsg.), *Helfen mit Risiko*, S. 179; ähnlich auch *Gericke* in seinem Bericht zum Verhandlung vor dem LG Stuttgart im Fall „*Jenny*“ (siehe dazu unten Teil 1 A. II.): „Es war für die angeklagten Berufskollegen ein ziemlich belastendes Szenario und ich verlor nie das Gefühl, dass sie stellvertretend für die meisten von uns Sozialarbeitern dort waren – ein Musterprozeß!“

„Lähmung der Jugendhilfe“<sup>12</sup> bzw. eine „Absicherungsmentalität“<sup>13</sup> befürchten, betonen andere die geringe Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung.<sup>14</sup>

Die vormalige Bundesregierung beabsichtigte – ursprünglich etwas versteckt im Tagesbetreuungsausbaugesetz<sup>15</sup> – auf die zu trauriger Berühmtheit gelangten Fälle der Schädigung des Kindeswohls trotz staatlicher Betreuung der Familie zu reagieren und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen verschiedenster Institutionen in Gesetzesform zu gießen.<sup>16</sup>

Im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens wurde der Entwurf jedoch geteilt und zunächst lediglich ein Teil der vorgesehenen Neuerungen verabschiedet, die nicht der Zustimmung des Bundesrats bedurften.<sup>17</sup> Sie traten zum 1.1.2005 in Kraft.<sup>18</sup>

Zahlreiche andere geplante Reformen entfielen hingegen vorerst,<sup>19</sup> darunter auch das Bestreben, den Schutzauftrag des Jugendamts in einem neu zu schaffenden § 8a SGB VIII ausdrücklich festzuschreiben.<sup>20</sup>

---

<sup>11</sup> So eine Äußerung von *Alexander*, *Sozialextra* 2000, 13 und der Titel eines Beitrags von *Schrappner* in *Sozialmagazin* 1996, 19 sowie einer vom *Rheinischen Studieninstitut für Kommunale Verwaltung* in Köln am 16.3.2005 abgehaltenen Tagung.

<sup>12</sup> Vgl. *Oehlmann-Austermann*, *ZfJ* 1997, 57 – er recurriert hierbei auf die Befürchtung des LG Osnabrück *NStZ* 1996, 439.

<sup>13</sup> *Wiesner/Mörsberger*, *SGB VIII*, § 50, Rn. 106; *von Hermann*, *JAm* 2003, 561; *Papenheim*, *Sozialpädagogische Familienhilfe*, S. 13; *Meysen/Schindler*, *JAm* 2004, 465; ähnlich *Alexander*, *Sozialextra* 2000, 13; aA *Fieseler*, *ZfJ* 2004, 179.

<sup>14</sup> *Mörsberger*, *JAm* 2002, 434, 437: „(...) eher Mythos denn reale Bedrohung“; *ders.*, *Jugendhilfe* 2000, 229: „Weder Panik noch Selbstmitleid ist angebracht.“; *ders.*, „... und schuld ist“, S. 91: „Wenn Sie nach der Veranstaltung ins Auto steigen sollten, dann können Sie sicher sein, dass das strafrechtliche Risiko, das Sie damit eingehen, um ein Tausendfaches höher ist als das hier thematisierte Risiko im beruflichen Kontext“; in diesem Sinne auch das *DIJuF-Rechtsgutachten*, *JAm* 2005, 232; *Fieseler*, *UJ* 2001, 433; *ders.*, *ZfJ* 2004, 173; *Pilz*, *Sozialextra* 2001, 38; vgl. auch *Meysen/Schindler*, *JAm* 2004, 465: „Machen Sie sich die Mühe und lassen Sie nicht einen Teil von sich in einem abstrakten Gefängnis stehen.“

<sup>15</sup> Die vollständige Bezeichnung des Gesetzes lautet „Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe“. Im folgenden wird es nur noch als TAG zitiert. Zur Gesetzgebung im Rahmen des TAG siehe *Meysen*, Editorial *JAm*, Heft 10/2004, S. IV.

<sup>16</sup> Der Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-DrS 15/3676) bezog sich ausdrücklich (S. 26) auf die „Empfehlungen des *Deutschen Städtetages* zur Festlegung fachlicher Standards in den Jugendämtern bei akut schwerwiegender Gefährdung des Kindeswohls“, abgedruckt u. a. in *ZfJ* 2004, 187 sowie im Anhang der vorliegenden Arbeit.

<sup>17</sup> BT-DrS 15/3676 sowie BT-DrS 15/3986.

<sup>18</sup> G. v. 30.07.2004, BGBl. I, S. 3852.

<sup>19</sup> Vgl. die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BT-DrS 15/4045.

<sup>20</sup> Neben der allgemeinen Zielsetzung des § 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII.